

Die Entwicklung seit 1945

Das Großdeutsche Reich hat kapituliert, nicht das Deutsche Reich (allgemein als das III. Deutsche Reich oder Nazi-Deutschland bezeichnet). Kapitulierte haben außerdem nur die Streitkräfte des Großdeutschen Reiches.

Die Alliierten haben das Großdeutsche Reich (das auch als das IV. Deutsche Reich angesehen werden muss) auf die Grenzen des ehemals Deutschen Reiches zum Zeitpunkt von 1937 zurückgestuft, damit die einverleibten Reichsteile abgetrennt werden konnten.

Dieses Deutsche Reich wurde dann von den Alliierten als Deutschland als Ganzes bezeichnet und Berlin unter Sonderstatus gestellt. Der Rest in 4 Besatzungszonen aufgeteilt.

Die Bestrebungen gingen eigentlich dahin, dieses „Deutschland“ als Staat wieder zu errichten. Unter den Besatzern hatte sich aber auch mittlerweile der kalte Krieg breitgemacht, sodass die Ansichten über die Zukunft „Deutschlands“ unterschiedlich waren.

Die Besatzer der Trizone ließen die Gründung einer BRD zu und erlegten der politischen Führung auf, eine Gesetzessammlung zu entwickeln, die den ordentlichen Staatsablauf in der Trizone gewährleistet. Daraus entstand das GG, das in keiner Weise die Charakteristik einer Verfassung aufwies.

Die Bestrebungen der Sowjetunion, Deutschland zu neutralisieren gingen ins Leere und so wurde fast zeitgleich mit dem GG eine Verfassung für „Deutschland“ ausgearbeitet, an der sowohl die CDU als auch eine große Anzahl Volksdelegierter aus der Trizone beteiligt waren. Diese Verfassung sprach von „Deutschland“ als einer Deutschen, Demokratischen Republik. Damit war aber noch nicht der spätere Teilstaat DDR gemeint. Diese Verfassung setzte, da sie vom gesamten deutschen Volk gebilligt worden war, das GG außer Kraft. Aus machtpolitischen Bestrebungen wurde dies verheimlicht und so geriet diese ordentlich in Kraft gesetzte Verfassung zur Basis für die dann gegründete DDR.

Die Versuche der SU, zu einem späteren Zeitpunkt „Deutschland“ unter Einbeziehung der besetzten Ostgebiete wieder zu vereinigen, scheiterten erneut am Opportunismus Konrad Adenauers und seiner Politessa.

Als 1989/90 der 2+4 Vertrag als Fortsetzung der Pariser Besprechungen erneut einen „Deutschen Staat“ hervorbrachte und sogar eine Verfassung forderte, von der die Alliierten wussten, dass sie schon bestand, versuchte erneut ein Politiker der CDU (Helmut Kohl) aus reiner Machtpolitik die Beschlüsse zu unterlaufen.

Das war zu diesem Zeitpunkt staatsrechtlich nicht mehr möglich, da sowohl das GG als auch die BRD ihre Existenzberechtigung eingebüßt hatten.

Aus der resultierenden, staatsrechtlichen Situation blieben letztlich noch 6 Länder übrig, die den „Staat Deutschland“ repräsentieren können. Es sind Baden, Bayern, Bremen, Hessen, Hohenzollern und Rheinland Pfalz.

Alles andere ist Träumerei, Betrug und Verrat am deutschen Volke.

Die Gruppe „Staat Deutschland“ hat nun am 23. Mai 2009 diesen Staat Deutschland rechtmäßig konfisziert (nach Regeln der UN) und stellt daher auch die einzig rechtmäßige, provisorische Regierung dieses Staates. Dabei wurde sich strikt an die Artikel des 2+4 Vertrages und der UN gehalten. Weitere, territoriale Forderungen, die sich aus den Nachkriegsgeschehen ergeben, haben nachgeordnete Bedeutung und können erst nach der ordentlichen Wahl einer legitimierten Regierung für „Deutschland“ abgehandelt werden.

Damit sind jegliche Diskussionen über ein Deutsches Reich zunichte geworden.

Letztlich existiert nur eine Demokratische Republik Deutschland, die auch mit der DDR nichts gemein hat (siehe die Verfassung von 1949).

Alle historischen Details und Ergebnisse aus dem Verhalten der Alliierten und der beiden „Nichtregierungen“ der Besatzungskonstrukte BRD und DDR können aus den Ausarbeitungen der Mitarbeiter von Staat Deutschland entnommen werden.

Es steht nun an, den Staat Deutschland so zu errichten, dass er allen staatsrechtlichen Anforderungen genügt.

Es ist ein Staatsvolk vorhanden, ein Staatsgebiet und eine Verfassung. Diese Verfassung ist „renovierungsbedürftig“ da sich die Bedingungen seit 1949 geändert haben.

Vorschläge zur Anpassung der Verfassung sind vorhanden, es muss nun kurzfristig eine Kommission eingesetzt werden, die für die Wahl einer legitimierten Regierung sorgt. Dann lässt sich auch vor dem IGH in Den Haag ein Gutachten anfordern, das die Legitimität des Staates Deutschland bestätigt und den derzeitigen Despoten der BRD aufzeigt, dass ihre Zeit abgelaufen ist. Diese Vorgehensweise ist notwendig, damit die internationale Öffentlichkeit eindeutig weiß, wie sich die Sachlage in Deutschland gestaltet und damit die Lügen, Betrügereien und der Verrat am deutschen Volke beendet wird.

Die Gruppe „Staat Deutschland“ muss nun sicherstellen, dass unter möglicher Zuhilfenahme von weiteren, kompetenten Personen dieser Weg zügig beschritten wird.

Gruppierungen, die sich dieser Arbeit und Zielrichtung anschließen wollen sind willkommen, es werden aber keine Tendenzen geduldet, die in irgendeiner Form auf Machenschaften aus der Vergangenheit schließen lassen.

Erst wenn die Volksdemokratie auf der Basis der Verfassung von 1949 wieder hergestellt ist und per Volksabstimmung der Staat Deutschland den Bedingungen der Eintragung bei der UN und dem 2+4 Vertrag entspricht, ist Deutschland international wieder gesellschaftsfähig.

Staat Deutschland